

A-036/2020	Eingegangen im Sekretariat der Oberbürgermeisterin 10.03.2020	
	1738	Käp



Beschlussantrag Nr. BA-044/2020

Einreicher:

Fraktionsgemeinschaft, DIE LINKE/Die PARTEI

Gegenstand:

Ein Jahr Allianz Sichere Sächsische Kommunen (ASSKomm) - Bilanz für Chemnitz

Kostendeckungsvorschlag:
(Produktuntergruppe)

Beratungsfolge (Beiräte, Ortschaftsräte, Ausschüsse, Stadtrat)	Sitzungs- termine	Status		Beratungsergebnis		
		öffentlich/ nichtöffentlich	bestä- tigt	abge- lehnt	ohne Empfeh- lung	
Stadtrat	24.06.2020	öffentlich				

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Stadtrat im III. Quartal 2020 zu informieren, welche Ergebnisse die Teilnahme der Stadt Chemnitz an dem vom Sächsischen Innenministerium zusammen mit acht sächsischen Modellkommunen ins Leben gerufenen "Allianz Sichere Sächsische Kommunen (ASSKomm)" für die kommunale Kriminalprävention in unserer Stadt erbracht hat. Insbesondere soll eingeschätzt werden, wie sich der Auf- und Ausbau der kommunalen Präventionsstrukturen mit dem Ziel der breiten Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürger entwickelt hat, welche sicherheits- und ordnungspolitischen Problemfelder für die Stadt identifiziert wurden, wie sich die Zusammenarbeit zwischen dem Kommunalpräventiven Rat und dem Ordnungsamt bzw. den örtlichen Polizeibehörden aktuell vollzieht, ob bereits Auswirkungen auf das Kriminallagebild erkennbar sind und wenn ja, welche, wie sich die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Stadtordnungsdienst im Konkreten darstellt und welche Effekte die Zusammenarbeit mit der Staatsregierung, dem Landespräventivrat und ggf. anderen Modellkommunen innerhalb der ASSKomm bewirkt.

i. A. Anja Schale

Unterschrift

Begründung:

Vor reichlich einem Jahr, am 06.02.2019, fand im Stadion an der Gellertstraße in Chemnitz die Auftaktveranstaltung statt, in welcher acht Modellkommunen, darunter Chemnitz, unter der Leitung des Sächsischen Innenministers Prof. Dr. Roland Wöller die Landesstrategie für eine Allianz Sichere Sächsische Kommunen (ASSKomm) auslösten bzw. vorstellten.

Ein Kernvorhaben war dabei die Bündelung der verschiedenen gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure durch einen lokal in den Kommunen und auf Landesebene agierenden Kommunalpräventiven Rat (KPR), der sich für Chemnitz durch Beschluss des vorherigen Kriminalpräventiven Rates am 22. August 2019 konstituierte.

Der Antrag bezweckt eine Information des Stadtrates, welche Entwicklung die kommunale Prävention in Chemnitz genommen hat, welche Unterstützung der Freistaat Sachsen, namentlich der Landespräventionsrat (LPR), dabei leistete, welche ersten Ergebnisse sich aus der Umsetzung des sächsischen Konzepts zu mehr Sicherheit in den Kommunen für Chemnitz zeigen und welche konkreten Auswirkungen dies ggf. auf das Kriminallagebild, auf die Zusammenarbeit zwischen dem Vollzugsdienst und den kommunalen Polizeibehörden, namentlich dem Stadtordnungsdienst, hat und welche Effekte sich für die Zurückdrängung von Kriminalität oder sonstigen Rechtsverletzungen in den einzelnen Chemnitzer Stadtteilen ergeben bzw. inwieweit sich die Beteiligung der Bevölkerung an den kriminalpräventiven Aktivitäten entwickelt hat.

Soweit möglich, sollten auch die Auswirkungen auf das subjektive Sicherheitsgefühl der Chemnitzerinnen und Chemnitzer eingeschätzt werden.